

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	27
Teil 1: Die elterliche Selbstbestimmung bei Interventionen im Kinderschutz aus grundrechtlicher Perspektive	38
A. Die Freiheit der Privatsphäre der Familie (Art. 6 Abs. 1 GG)	38
B. Die Verantwortung der Eltern für die Pflege und Erziehung von Kindern (Art. 6 Abs. 2 GG)	39
I. Inhalt des Elternrechts	40
1. Abwehrrecht gegen staatliche Eingriffe in die Selbstbestimmung der Eltern	40
1.1. Primäre Entscheidungszuständigkeit im Interesse des Kindes	40
1.2. Definitionshoheit der Eltern im Hinblick auf die Pflege und Erziehung	42
1.3. Begrenzung des Schutzbereichs durch das Kindeswohl oder eine Kindeswohlgefährdung?	43
1.4. Begrenzung des Schutzbereichs mit wachsender Selbstbestimmungsfähigkeit des Kindes	46
2. Institutsgarantie	47
3. Unterstützung von Eltern	48
3.1. Unterstützung bei der Erziehungsverantwortung der Eltern	48
3.2 Allgemein-nachrangige Erziehungsverantwortung des Staates	49
4. Eigennützigkeit des Elternrechts	50
4.1. Meinungsstand: Zwischen ausschließlichem und primärem Interesse des Kindes	50
4.2. Auseinandersetzung: kein Ausschluss des auch eigenen Interesses der Eltern durch das primäre Interesse des Kindes	53
4.3. Folgen der Eigennützigkeit des Elternrechts	56
II. Eingriffe in das elterliche Selbstbestimmungsrecht bei unterschiedlichen staatlichen Interventionen	58
1. Der grundrechtliche Eingriffsbegriß	59

2.	Eingriffe in das Selbstbestimmungsrecht der Eltern	61
2.1.	Trennung des Kindes von den Eltern gegen den Willen und Entziehung der Personensorge	61
2.2.	Vorgabe von Erziehungsleitbildern, Zielen und Mitteln	61
2.3.	Regelung von Unterstützungsansprüchen und Mitgestaltungsmöglichkeiten der Kinder	63
2.4.	Unterstützende Maßnahmen	63
2.4.1.	Beschränkungen der Selbstbestimmung beim Veranlassen der Inanspruchnahme von Hilfe	64
2.4.2.	Beschränkungen der Selbstbestimmung im Zusammenhang mit Kontrollbestandteilen von Hilfen	69
2.5.	Kontrollmaßnahmen einschließlich Auskunfts-, Duldungs- und Mitwirkungspflichten	70
2.6.	Weitergabe von Informationen über die Familie	71
3.	Zusammenfassung	72
III.	Rechtfertigung für Eingriffe in das elterliche Selbstbestimmungsrecht: der wachende Staat als Kinderrecht (Art. 6 Abs. 2 S. 2 GG)	73
1.	Inhalt der „Wacht“ nach Art. 6 Abs. 2 S. 2 GG	74
1.1.	Die „Kindeswohlgefährdung“ i.S.v. § 1666 BGB als Eingriffsschwelle	74
1.2.	Die Kindeswohlgefährdung als allgemeine Eingriffsschwelle?	75
1.2.1.	Formulierungen des Bundesverfassungsgerichts	76
1.2.2.	Literatur	78
1.2.3.	Auseinandersetzung	79
1.3.	Die (drohende) Verletzung des Kindeswohls als allgemeine Eingriffsschwelle	81
1.3.1.	Beschreibung der Verletzung des Kindeswohls anhand der Grundrechte des Kindes	82
1.3.2.	Abgrenzung zum positiven Standard	83
1.3.3.	Notwendiger Gefährdungsgrad bei drohender Verletzung	84
2.	Besondere Schwelle für (die Ermöglichung von) Trennungen des Kindes von seiner Familie gegen den Willen der Erziehungsberechtigten	86

3.	Schwelle: Gefahrenverdacht	90
3.1.	Anlassunabhängige Kontrollmaßnahmen	91
3.2.	Anlassbezogene Kontrollmaßnahmen	92
3.3.	Kontrollmaßnahmen als Bestandteile von Hilfen	92
4.	Verhältnismäßigkeit des Eingriffs	93
4.1.	Erforderlichkeit: Größtmögliche Selbstbestimmung der Eltern	93
4.2.	Angemessenheit des Eingriffs	94
4.3.	Besonders hohe Anforderungen für eine unfreiwillige Trennung des Kindes von seinen Eltern	95
4.4.	Verhältnismäßigkeit von kontrollierenden Maßnahmen	96
5.	Verfassungsimmanente Schranken: kollidierendes Verfassungsrecht	97
	IV. Fazit	98
1.	Diesseits der Legitimationsschwelle für Eingriffe: Zwischen größtmöglicher Selbstbestimmung und staatlicher Unterstützungspflicht	98
2.	Jenseits der Legitimationsschwelle für Eingriffe: Zulässigkeit von unfreiwilligen Maßnahmen bei gleichzeitig größtmöglicher Selbstbestimmung	100
3.	Allgemeine Legitimationsschwelle für Eingriffe: die (drohende) Verletzung des Kindeswohls	101
4.	Fließende Grenzen zwischen Selbstbestimmung und Kinderschutz gegen den Willen der Eltern	102
C.	Allgemeines Persönlichkeitsrecht	102
I.	Schutz des höchstpersönlichen Lebensbereichs	103
II.	Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG	104
1.	Schutz der Selbstbestimmung über die Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe persönlicher Daten	104
2.	Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung	105
3.	Rechtfertigung für Eingriffe in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung	106
D.	Unverletzlichkeit der Wohnung	107

Teil 2: Die elterliche Selbstbestimmung bei Interventionen im Kinderschutz aus ethischer Perspektive	108
A. Selbstbestimmung als ethischer Grundwert	108
I. Schutz der Selbstbestimmung der Eltern	108
II. Selbstbestimmung über die Familiengestaltung und Erziehung der Kinder	109
III. Ethisches Grundprinzip der Autonomie des Menschen in der Sozialen Arbeit	111
B. Einschränkungen der Selbstbestimmung durch staatliche oder staatlich veranlasste Interventionen	113
I. Einschränkungen bei Interventionen gegen den Willen oder ohne das Einverständnis der Eltern	113
II. Möglichkeit einer Einschränkung der Selbstbestimmung trotz Einverständnis	113
1. Grundsätzliche Asymmetrie im Eltern-Staat-Verhältnis	114
2. Paternalismus	115
2.1. Einschränkung bestimmter Komponenten der Selbstbestimmung	115
2.2. Handeln zum Wohl der betroffenen Person	117
2.3. Legitimierbarkeit von Paternalismus	118
3. Gefahr der Kolonialisierung der Lebenswelt	120
4. Gefahr der fürsorglichen Belagerung durch Hilfeangebote	121
5. Keine Auflösung ethischer Legitimationsbedürfnisse durch sozialwissenschaftliche Professionalisierung	122
6. Zwischenergebnis: Legitimationsbedürftigkeit Interventionen im Kinderschutz	123
C. Ethische Legitimation von Interventionen im Kinderschutz	123
I. Legitimität von Interventionsgrund und Interventionsziel	124
1. Legitimer Grund: Das Einverständnis	124
1.1. Einverständnis vor Interventionsbeginn	124
1.2. Informiertes Einverständnis	125
1.3. Freies Einverständnis	126
1.4. Annahme von Hilfeangeboten infolge fürsorglicher Belagerung	126
2. Legitimer Grund bei fehlendem Einverständnis	127
2.1. (Drohende) Verletzung des Wohls des Kindes	127
2.2. Legitimationsgrund aus der Perspektive der Paternalismus-Debatte	129

3. Legitimes Ziel	130
II. Legitimation der Interventionsgestaltung	130
1. Gewährleistung größtmöglicher Selbstbestimmung	131
2. Ethisch legitime Gestaltung durch Autonomiefunktionalität und Achtung der Würde	132
2.1. Anforderungen an die Autonomiefunktionalität und Achtung der Würde	132
2.2. Beitrag von Professionalisierungsmodellen der Kinder- und Jugendhilfe zur Autonomiefunktionalität	133
2.3. Ethisch legitime Gestaltung durch die Eröffnung von Handlungsspielräumen aus der Capabilities- Perspektive	134
2.4. Ethisch legitime Gestaltung aus der Perspektive der Care-Ethik	136
III. Ethische Legitimation von Kontaktaufnahmen und Hilfeangeboten unter dem Aspekt der fürsorglichen Belagerung	138
1. Fürsorgliche Belagerung jenseits der Schwelle der (drohenden) Verletzung des Kindeswohls	139
2. Fürsorgliche Belagerung diesseits der Schwelle der (drohenden) Verletzung des Kindeswohls	139
2.1. Keine Legitimation ausschließlich zur Prävention von (drohenden) Verletzungen des Kindeswohls	140
2.2. Legitimation zur Erhöhung der positiven Freiheit der Familien	141
2.3. Bedeutung der Gesamtheit des Hilfe- und Kontrollsystems	144
D. Fazit	145
I. Zusammenfassung	145
II. Bedeutung für die rechtliche Einordnung	148
Teil 3: Die elterliche Selbstbestimmung bei Interventionen im Kinderschutz aus sozialpädagogischer Perspektive	150
A. Freiwilligkeit als Voraussetzung gelingender Hilfe?	151
I. Einschränkungen der Freiwilligkeit bei Hilfen	151
1. Einschränkungen bei der Inanspruchnahme von Hilfe	151
2. Freiwilligkeit im Hilfeverlauf	152
2.1. Eingeschränkter Einfluss auf die Hilfegestaltung	152

2.2. Kontrolle als Bestandteil von Hilfe	153
II. Kein Ausschluss der Möglichkeit des Hilfeerfolgs aufgrund von Einschränkungen der Freiwilligkeit	155
III. Hilfeannahmebereitschaft als Voraussetzung für den Hilfeerfolg	156
B. Sozialpädagogische Anforderungen an das Angebot und die Erbringung von Hilfen zur Ermöglichung von Hilfeannahmebereitschaft	157
I. Erkennen fehlender Mitwirkungsbereitschaft	158
II. Gründe für mangelnde Mitwirkungsbereitschaft	158
III. Bedeutung von Vertrauen, Verlässlichkeit und Transparenz als Grundlage der Hilfebeziehung	160
IV. Autonomieermöglichte Haltung und Ressourcenorientierung	163
V. Partizipation	165
VI. Nutzen und Maß fürsorglicher Belagerung	166
C. Fazit	167
I. Zusammenfassung	167
II. Bedeutung für die rechtliche Einordnung	168
 Teil 4: Die Bedeutung der Selbstbestimmung der Eltern in der einfachgesetzlichen Ausgestaltung und ihrer Umsetzung in der Praxis	169
A. Einführung	169
I. Überblick über bisherige Ergebnisse	169
II. Überblick über die einfachgesetzliche Ausgestaltung	172
1. Fließende Grenzen zwischen Schutz und Beschränkung elterlicher Selbstbestimmung	172
2. Geteilte Verantwortlichkeiten bei Schutz und Beschränkung elterlicher Selbstbestimmung	175
III. Gang der Untersuchung	177
B. Unmittelbare gesetzliche Beschränkungen der elterlichen Selbstbestimmung	178
I. Gesetzliche Erziehungsvorgaben	178
1. Gebot gewaltfreier Erziehung und Verbot entwürdigender Erziehungsmethoden: § 1631 Abs. 2 BGB	178
1.1. Ziel und Inhalt der Regelung	179

1.2. Verfassungsrechtliche Bewertung	179
2. Gebot der Berücksichtigung der wachsenden Selbstbestimmungsfähigkeit des Kindes: § 1626	
Abs. 2 BGB	183
2.1. Ziel und Inhalt der Regelung	183
2.2. Verfassungsrechtliche Bewertung	184
3. Gebot an die Kinder- und Jugendhilfe: Förderung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit und Berücksichtigung der wachsenden Selbstbestimmungsfähigkeit	187
II. Familiengerichtlicher Genehmigungsvorbehalt für freiheitsentziehende Unterbringung und freiheitsentziehende Maßnahmen	188
C. Elterliche Selbstbestimmung bei staatlichen Unterstützungsleistungen	189
I. Zweck von Unterstützungsleistungen: Von der Erhöhung der positiven Freiheit bis zur Abwendung von Kindeswohlgefährdungen	190
1. Das Geflecht von Unterstützung und Kontrolle nach der Klimax des § 1 Abs. 3 KKG	190
1.1. Probleme einer Fixierung auf die Prävention	191
1.2. Muster fürsorglicher Belagerung und Verknüpfung der Unterstützung mit Kontrolle	192
2. Auftrag der Kinder- und Jugendhilfe: § 1 SGB VIII	193
II. Grundannahmen für die Inanspruchnahme von Unterstützungsleistungen in der rechtlichen Ausgestaltung	194
1. Grundsatz der Freiwilligkeit, Partizipation und Lebensweltorientierung als Strukturprinzipien der Kinder- und Jugendhilfe	194
2. Das Wunsch- und Wahlrecht der Leistungsberechtigten	196
2.1. Das Wunsch- und Wahlrecht als Ausdruck der Subjektstellung und des Selbstbestimmungsrechts der Eltern	196
2.2. Einschränkungen der Berücksichtigung von Wahl und Wünschen	197
2.3. Begrenzung durch Kostengesichtspunkte	198
2.4. Faktische Begrenzung durch Bindung an verfügbare Plätze	198
2.5. Faktische Begrenzung durch fehlende Kenntnis	199

3. Informationelle Selbstbestimmung und funktionaler Schutz der Hilfebeziehung	200
3.1. Grundlagen	200
3.1.1. Verfassungsrechtliche, europarechtliche und einfachrechtliche Bindungen	200
3.1.2. Ethische Anforderungen	202
3.1.3. Sozialpädagogische Anforderungen	203
3.2. Verarbeitungsbefugnisse	203
3.2.1. Einwilligung als Legitimationsgrundlage	203
3.2.2. Gesetzliche Befugnisse zum Umgang mit Informationen über die Familie	207
3.2.3. Sozialdatenschutzrechtliche Befugnisse	207
3.2.3.1. Datenerhebung	208
3.2.3.2. Offenlegung durch Übermittlung	210
3.2.4. Befugnisse von privaten Hilfeerbringern	212
3.2.5. Art und Weise der Datenerhebung und -übermittlung	213
III. Selbstbestimmung im Zusammenhang mit der Information über und dem Zugang zu Unterstützungsleistungen	215
1. Zugang über die Ermöglichung unmittelbarer Inanspruchnahme	215
2. Zugang über das System der frühen Hilfen	216
3. Information über Unterstützungsangebote, § 2 KKG	216
3.1. Information im Sozialraum und Informationsbroschüren	217
3.2. Persönliche Informationsgespräche	218
3.2.1. Entscheidung über die Inanspruchnahme der Informationsgespräche	219
3.2.2. Selbstbestimmung bei der Gestaltung des Informationsgesprächs	224
3.2.2.1. Allgemeine Anforderungen an die Gestaltung der Informationsgespräche	224
3.2.2.2. Übergang in Beratung oder andere Unterstützungsleistungen	224
3.2.2.3. Mögliche Kontrollbestandteile der Informationsgespräche	225
4. Screening-Verfahren	226

IV. Elterliche Selbstbestimmung bei universellen Unterstützungsleistungen	229
1. Diskussion von möglichen Pflichten zur Teilnahme an Elternkursen und Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuung	230
2. Kinderärztliche Vorsorgeuntersuchungen	232
2.1. Verfassungsrechtliche Perspektive	233
2.1.1. Eingriff in Grundrechte	233
2.1.1.1. Eingriff in das Elternrecht, Art. 6 Abs. 2 S. 1 GG	233
2.1.1.2. Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG	236
2.1.2. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	236
2.1.2.1. Rechtfertigung des Eingriffs in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung	237
2.1.2.2. Rechtfertigung des Eingriffs in das Elternrecht	238
2.2. Gestaltung der Vorsorgeuntersuchungen	243
2.2.1. Keine aktiven Kontrollaufträge	243
2.2.2. Umgang mit Informationen	244
V. Beratung von Kindern und Jugendlichen	244
1. Anhörungsrecht	244
2. Vertrauliche Beratung in Not- und Konfliktlagen	244
3. Regelung einer notlagenunabhängigen vertraulichen Beratung	247
VI. Hilfe zur Erziehung diesseits der Legitimationsschwelle für Eingriffe in das Elternrecht	248
1. Beschränkung der Entscheidung zur Nichtinanspruchnahme von Hilfe zur Erziehung	249
1.1. Beratung vor der Entscheidung über die Inanspruchnahme von Hilfe	250
1.2. Keine Anordnung von Hilfen oder Auflagenerteilung	251
1.3. Grenzen eines Hinwirkens auf die Inanspruchnahme von Hilfe	252
2. Beschränkung der Entscheidung über die Prüfung eines Hilfebedarfs	254

3. Beschränkung der Entscheidung zur Inanspruchnahme von Hilfe	257
3.1. Beschränkung durch Hilfevoraussetzungen	257
3.1.1. Beschränkung der Inanspruchnahmemöglichkeit durch Ausrichtung am erzieherischen Bedarf des Kindes	257
3.1.2. Anteil der Eltern an der Bestimmung des Vorliegens der Nichtgewährleistung einer dem Wohl des Kindes entsprechenden Erziehung	258
3.1.3. Beschränkung durch Voraussetzung der Eignung und Notwendigkeit einer Hilfe zur Erziehung	259
3.1.4. Leistungsablehnung oder -einstellung aufgrund mangelnder Mitwirkung	260
3.2. Beschränkung der Selbstbestimmung bei der Inanspruchnahme von Hilfe durch eine beschränkte Verfügbarkeit von Hilfen	262
3.2.1. Einschränkung durch den Zugang zur Hilfe nur über das Jugendamt	263
3.2.2. Mangelnde Verfügbarkeit von Hilfeangeboten oder Ablehnung aus Kostengründen	264
4. Selbstbestimmung bei der Auswahl und Gestaltung der Hilfe	265
4.1. Die Rolle der Eltern bei der Hilfeplanung	265
4.1.1. Bloßer Beteiligungs- oder Kooperations- und Aushandlungsprozess?	265
4.1.2. Grund- und Ziel der Hilfeplanung	267
4.2. Bedeutung des Wunsch- und Wahlrechts für die Hilfen zur Erziehung	272
4.2.1. Das Wunsch- und Wahlrecht in der Hilfeplanung	272
4.2.2. Geltung des Wunsch- und Wahlrechts für die Wahl der Hilfeart	272
4.3. Schwierigkeiten der Umsetzung der kooperativen Hilfeplanung und des Wunsch- und Wahlrechts in der Praxis	274

4.4. Ausschluss von der Hilfeplanung	275
4.4.1. Ausschluss der Beteiligung an der Hilfeplanung bei Gefährdung der Beteiligten durch die Eltern	275
4.4.2. Ausschluss durch Entzug des Personensorgerights	275
5. Durchsetzungsmöglichkeiten der Eltern bei Ablehnung der (gewünschten) Hilfe	276
5.1. Rechtsschutzmöglichkeiten	276
5.2. Beschränkte Durchsetzung aufgrund von eingeschränktem Interesse der Eltern an der Hilfeinanspruchnahme	279
6. Kontrollbestandteile der Hilfe und Selbstbestimmung bei der Weitergabe von Informationen im Hilfekontext	280
6.1. Hilfeimmanente und aktive Kontrollbestandteile von Hilfen	280
6.2. Überprüfung von Eignung und Notwendigkeit im Hilfeverlauf	281
6.2.1. Berichte in Hilfeplankonferenzen	282
6.2.2. Zulässigkeit von Berichten außerhalb der Hilfeplankonferenzen	283
6.3. Weitergabe der Information über das Bekanntwerden gewichtiger Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung	285
7. Zusammenfassung: Hohe Anforderungen an die Achtung der Selbstbestimmung bei Zustandekommen und Inhalten von Hilfen	286
VII. Hilfen jenseits der Legitimationsschwelle für Eingriffe in das Elternrecht	289
1. Beschränkungen der Freiwilligkeit bei der Inanspruchnahme von Hilfen	290
1.1. Angebot von Hilfen durch das Jugendamt	291
1.1.1. Angebot von Hilfen zur Abwendung einer Kindeswohlgefährdung	291
1.1.1.1. Zulässigkeit eines Eingriffs in das Elternrecht beim Hinwirken auf die Inanspruchnahme von Hilfen	291
1.1.1.2. Schwelle: Kindeswohlgefährdung	293
1.1.1.3. Zulässigkeit der Anordnung einer Hilfe	295

1.1.1.4. Das Anbieten von Hilfe aus sozialpädagogischer Perspektive	296
1.1.2. Angebot bei Gewalt in der Erziehung, § 16 SGB VIII	297
1.2. Hinwirken auf die Inanspruchnahme durch Hilfeerbringer	298
1.2.1. Hinwirken durch Fachkräfte von Trägern der freien Jugendhilfe	298
1.2.2. Hinwirken durch Berufsgeheimnisträger	300
1.3. Beschränkungen der elterlichen Selbstbestimmung bei der Initiierung der Hilfeinanspruchnahme durch das Familiengericht	301
1.3.1. Anordnung zur Abwendung einer Kindeswohlgefährdung nach § 1666 BGB	302
1.3.1.1. Vorliegen einer Kindeswohlgefährdung nach § 1666 Abs. 1 BGB	302
1.3.1.2. Art der anzuordnenden Hilfen	304
1.3.1.3. Anordnungsmöglichkeit trotz Bereitschaft zur Hilfeinanspruchnahme	306
1.3.1.4. Vollstreckbarkeit der Gebote	307
1.3.2. Hinwirken bei festgestellter Gefährdung	307
1.3.2.1. Eignung der einvernehmlichen Hilfeinanspruchnahme zur Gefährdungsabwehrung	308
1.3.2.2. Zulässigkeit des Hinwirkens auf von § 1666 Abs. 3 BGB nicht umfasste Maßnahmen	308
1.3.3. Hinwirken bei möglicher Gefährdung, § 157 FamFG	309
2. Beschränkungen der Inanspruchnahmemöglichkeit	314
2.1. des Hilfeanspruchs mit Entziehung des Sorgerechts Ver und Einschränkungen bei Fremdunterbringung des lust Kindes	314
2.2. Ablehnung oder Einstellung der Leistung aufgrund mangelnder Mitwirkung	314

3. Beschränkungen der Selbstbestimmung bei der Gestaltung der Hilfe	315
3.1. Auswirkungen auf die Beteiligung an der Hilfeplanung und das Wunsch- und Wahlrecht	315
3.2. Kontrollbestandteile der Hilfe und Umgang mit Informationen	317
3.2.1. Schutzkonzept als Bestandteil der Hilfe	318
3.2.2. Weitergabe von Informationen durch den Hilfeerbringer	319
4. Auswirkungen der Inanspruchnahme von Hilfen auf die Befugnis zu (schwerwiegenderen) Eingriffen in die elterliche Selbstbestimmung	321
4.1. Hilfevorrang im Rahmen der Verhältnismäßigkeitsprüfung	321
4.2. Eignung der Hilfe als Voraussetzung für ihre Vorrangigkeit	322
4.2.1. Eignung der Hilfe bei (zunächst) mangelnder Mitwirkungsbereitschaft	323
4.2.2. Ablehnung der Eignung von Hilfen trotz Hilfeannahmebereitschaft der Eltern	325
4.2.2.1. Scheitern von Hilfen in der Vergangenheit	325
4.2.2.2. Problematik einer Ablehnung der Hilfeerbringung durch das Jugendamt im familiengerichtlichen Verfahren	328
5. Hilfen zur Ermöglichung einer Rückkehr nach einer Trennung des Kindes von seinen Eltern	331
5.1. Gesteigerte Hilfeverpflichtung des Staates	331
5.2. Beschränkung von Hilfen durch Grenzen der Rückkehroption	334
6. Zusammenfassung: Beschränkungen und Schutz der elterlichen Selbstbestimmung durch Hilfen	335
D. Begrenzungen elterlicher Selbstbestimmung durch Kontrolle der elterlichen Pflege und Erziehung	337
I. Anlassbezogene Kontrolle: Gefährdungseinschätzungen bei Bekanntwerden von Anhaltspunkten für eine Gefährdung	337
1. Die Kontrolle durch das Jugendamt, 8a SGB VIII	337
1.1. Auslöser für den Kontrollauftrag: gewichtige Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung i.S.v. § 1666 BGB	338

1.2. Zulässige Methoden der Gefährdungseinschätzung	340
1.2.1. Einbeziehen der Eltern in die Gefährdungseinschätzung	340
1.2.1.1. Recht der Eltern zur Mitwirkung	341
1.2.1.2. Pflicht der Eltern zur Mitwirkung	343
1.2.2. Verschaffung eines Eindrucks vom Kind und Durchführung eines Hausbesuchs zum Zweck der Gefährdungseinschätzung	344
1.2.3. Einholung von Informationen bei Dritten	348
1.2.3.1. Einholung von externer Fachexpertise	348
1.2.3.2. Einholung von Informationen über die Familie bei Dritten	348
1.3. Anrufung des Familiengerichts bei fehlender Möglichkeit zur Gefährdungseinschätzung	351
1.4. Weitere Kontrollbefugnisse bei Nichtfeststellung einer Kindeswohlgefährdung	351
1.5. Kontrolle der Gefährdungsabweitung durch Hilfen	352
2. Überprüfung durch andere Akteure	353
2.1. § 8a Abs. 4 SGB VIII	353
2.1.1. Auslöser für die Kontrollberechtigung	353
2.1.2. Zulässige Methoden der Gefährdungseinschätzung	353
2.1.2.1. Gefährdungseinschätzung im Rahmen der bestehenden Hilfebeziehung	354
2.1.2.2. Recht zur Einbeziehung Dritter: nur Einholung von externer Fachexpertise	354
2.1.3. Anrufung des Jugendamt bei fehlender Möglichkeit der Gefährdungseinschätzung	355
2.2. § 4 KKG	355
2.2.1. Auslöser für die Kontrollberechtigung	356
2.2.2. Zulässige Methoden der Gefährdungseinschätzung	356
2.2.2.1. Gefährdungseinschätzung durch Erörterung im Rahmen der bestehenden Hilfebeziehung	357
2.2.2.2. Pflicht zur Erörterung der Situation mit den Eltern?	358

2.2.2.3. Recht zur Einbeziehung Dritter: nur Einhaltung von externer Fachexpertise	360
2.2.3. Anrufung des Jugendamts bei fehlender Möglichkeit zur eigenen Gefährdungseinschätzung	360
2.3. Fazit	361
2.4. Die RISKID-Datei: Elektronische Datei zur Weitergabe von Informationen über Gefährdungsverdachtsfälle innerhalb der Ärzteschaft	362
3. Familiengerichtliche Überprüfungsbefugnisse	365
3.1. Anlass für Ermittlungsberechtigung	365
3.2. Umfang der Ermittlungsberechtigung	366
3.2.1. Recht und Pflicht zur Mitwirkung an der Sachverhaltsaufklärung	366
3.2.2. Pflicht zur Zulassung einer Begutachtung	367
3.2.3. Einholung von Informationen bei Dritten	369
3.3. Wiederholte Überprüfung bei nicht festgestellter Kindeswohlgefährdung	369
3.4. Kontrolle der Umsetzung von familiengerichtlichen Maßnahmen zur Gefährdungsabwehrung	371
II. Keine verdachtsunabhängige Kontrolle von Familien	372
E. Elterliche Selbstbestimmung bei Entscheidungen im Zusammenhang mit einer Trennung des Kindes von den Eltern	372
I. Inobhutnahme als kurzfristige Krisenintervention	373
1. Beschränkungen der Selbstbestimmung bei der Entscheidung über die Inobhutnahme	374
1.1. Bedeutung der Selbstbestimmung für die Entscheidung über die Inobhutnahme	374
1.1.1. Überschreiten der Legitimationsschwelle für den Eingriff in das elterliche Selbstbestimmungsrecht	374
1.1.1.1. Eingriff in das Elternrecht	375
1.1.1.2. Eigener Wunsch des Kindes oder Jugendlichen	376
1.1.1.3. Erfordernis der Inobhutnahme aufgrund von dringender Kindeswohlgefährdung	378

1.2. Rolle der Eltern bei der Entscheidung vor der Inobhutnahme: Einbeziehung in die Gefährdungseinschätzung und Wirkung eines Widerspruchs	380
1.2.1. Absehen von einer Einbeziehung der Eltern in die Gefährdungseinschätzung	380
1.2.2. Erfordernis eines fehlenden Widerspruchs der Eltern	381
1.2.3. Fazit	386
1.3. Rolle der Eltern bei der Entscheidung über die Fortsetzung nach der Inobhutnahme	387
1.3.1. Zeitpunkt und Umfang der Information	388
1.3.2. Einbeziehung in die Gefährdungseinschätzung	390
1.3.3. Wirkung eines Widersprechens oder Nicht-Widersprechens	390
2. Beschränkungen der Selbstbestimmung bei der Gestaltung der Inobhutnahme	391
2.1. Wegnahme des Kindes und Anwendung unmittelbaren Zwangs	391
2.2. Verlust sorgerechtlicher Befugnisse	392
2.2.1. Notkompetenz des Jugendamts	392
2.2.2. (Mit-)Entscheidung bei der Art der Unterbringung	394
2.3. Erhalt des Kontakts während der Inobhutnahme	395
II. Längerfristige Trennung des Kindes von der Familie durch eine Intervention des Jugendamts oder Familiengerichts	395
1. Elterliche Selbstbestimmung bei der Entscheidung über die Trennung	396
1.1. Trennung durch Inanspruchnahme einer Hilfe zur Erziehung	396
1.1.1. Selbstbestimmte Hilfeinanspruchnahme	396
1.1.2. Beschränkungen der Selbstbestimmung bei der Hilfeinanspruchnahme	396
1.2. Trennung durch Sorgerechtsentzug	398
1.3. Erforderlichkeit der Trennung: Vorrang von Hilfen ohne Trennung	399
1.3.1. Geltung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	399
1.3.2. Arten von vorrangigen Hilfen	400

1.3.3. Eignung der nicht mit einer Trennung verbundenen Hilfe als Voraussetzung für ihren Vorrang	401
1.3.4. Grenzen vom Vorrang nicht mit einer Trennung verbundener Hilfen gegenüber einer Trennung aus Perspektive des Kindeswohls	405
1.3.5. Vorhandensein von geeigneten Hilfen	405
2. Selbstbestimmung der Eltern während einer stationären Unterbringung	406
2.1. Entscheidungs- und Informationsrechte der Eltern während der Unterbringung	407
2.1.1. Entscheidungsbefugnisse bei Personensorgeberechtigung und Beschränkung durch Alltagssorge von Pflegeeltern und Heimerziehern	407
2.1.2. Verlust von Entscheidungsbefugnissen bei Entzug des Sorgerechts	410
2.2. Selbstbestimmung beim Umgang mit dem Kind	411
2.2.1. Verfassungsrechtliche Vorgaben und Kindeswohlbelange	411
2.2.1.1. Legitimationsschwelle für Beschränkungen des Umgangsrechts	411
2.2.1.2. Fälle von (drohenden) Verletzungen des Kindeswohls und nachhaltiger Kindeswohlgefährdungen bei der Wahrnehmung des Umgangsrechts durch die Eltern	413
2.2.2. Schutz und Beschränkung des Umgangs in § 1684 BGB	416
2.2.2.1. Grundsätzliches Entscheidungsrecht der Eltern über den Umgang	417
2.2.2.2. Beschränkungen durch Wohlverhaltenspflicht	417
2.2.2.3. Entscheidung durch das Familiengericht: Beschränkungen oder Ausschluss des Umgangs	418

2.2.3. Schutz und Beschränkungen des Umgangsrechts durch das Jugendamt	422
2.2.3.1. Unterstützung beim Umgang durch das Jugendamt	422
2.2.3.2. Beschränkungen bei der Wahrnehmung des Umgangsrechts im Rahmen der Beratung nach § 37 Abs. 1 S. 2 SGB VIII	422
2.2.3.3. Regelung des Umgangs im Rahmen der Hilfeplanung im Jugendamt	423
3. Entscheidung über eine Rückkehr des Kindes zu seinen Eltern	424
3.1. Verfassungsrechtliche Anforderungen	424
3.1.1. Nachhaltige Gefährdung des Kindeswohls als Voraussetzung der Verhinderung oder Ablehnung des elterlichen Rückkehrwunsches	425
3.1.2. Gesteigerte Hilfeverpflichtung des Staates	426
3.2. Konkrete gesetzliche Ausgestaltung	428
3.2.1. Hinwirken auf Einwilligung in eine dauerhafte Fremdunterbringung nach § 37 SGB VIII	429
3.2.2. Inobhutnahme und familiengerichtliche Entscheidung bei Kindeswohlgefährdung	433
3.2.3. Verbleibensanordnung	433
3.2.3.1. Verbleibensanordnung bei Wunsch nach Rückkehr des Kindes zu den Eltern	433
3.2.3.2. Verbleibensanordnung bei Wunsch der Eltern nach Wechsel der Pflegestelle	434
3.2.3.3. Dauerhaftigkeit der Verbleibensanordnung	435
III. Ersetzung der Einwilligung in eine Adoption	440
Teil 5: Schlussfolgerungen und Ausblick	443
A. Schutz elterlicher Selbstbestimmung als hohes Gut in verfassungsrechtlicher, ethischer und sozialpädagogischer Hinsicht	443

B. Verfassungsrechtliche Legitimationsschwellen: Die (drohende) Verletzung des Kindeswohls für allgemeine Eingriffe (Art. 6 Abs. 2 S. 2 GG) und die nachhaltige Gefährdung des Kindeswohls für trennende Eingriffe (Art. 6 Abs. 3 GG)	444
C. Die unterschiedlichen Schwellen im einfachen Recht: Zwischen Verfassungskonformität und Angrifbarkeit	446
D. Hilfen zwischen Stärkung und Beschränkung der elterlichen Selbstbestimmung	452
E. Dilemmata bei der Entscheidung für oder wider die elterliche Selbstbestimmung	456
I. Entscheidungen über das Maß von Selbstbestimmungsbeschränkungen vor der Hilfeinanspruchnahme	457
II. Entscheidungen über die Weitergabe von Informationen im Rahmen von Hilfebeziehungen	459
III. Entscheidungen über die Herausnahme des Kindes gegen den Willen der Eltern	460
Literaturverzeichnis	463